

Beschluss 1: Für ein Europa der Vielen statt der Reichen!

Als Partei DIE LINKE stehen wir in der Tradition der Arbeiter*innenbewegung. Wir treten an, um »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«¹ – das heißt, wir wollen den Lohnabhängigen und Armen eine Stimme geben, sie organisieren und motivieren, für Sozialismus und gegen Ausbeutung und Sozialchauvinismus aufzustehen! 95 Millionen Menschen in der Europäischen Union leben in Armut oder sind direkt von Armut bedroht. Die Außengrenzen der EU sind die tödlichsten der Welt, die EU ist imperialer Akteur und Kriegstreiber – auch in der Ukraine. Konzerne und Reiche schreiben sich durch Lobbyismus ihre Gesetze in Europa selbst und beuten Mensch und Natur gleichermaßen aus. Die EU ist keine Institution der Demokratie und Solidarität, sondern ein intransparentes, korruptionsanfälliges Gebilde, in dem letztlich die nationalen Regierungen, insbesondere die deutsche, mit Unterstützung der französischen Regierung, das letzte Wort haben. Die miteinander in Konkurrenz stehenden Nationalstaaten einigen sich nur auf den Minimalkonsens: die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung.

Umso notwendiger ist vor diesem Hintergrund eine sozialistische, eine antikapitalistische, eine solidarische Kraft – DIE LINKE. Wir streiten gemeinsam mit unseren Schwesterparteien in ganz Europa, mit Gewerkschaften und Bewegungen in und außerhalb der EU für höhere Löhne, Antifaschismus, Klimagerechtigkeit und Frieden. Wir wehren uns gegen Ausbeutung, weitere Privatisierungen, Steueroasen und Waffenexporte und stellen die Eigentumsfrage – bei Google, Amazon & Co genauso wie bei multinationalen Wohnungskonzernen und Energieunternehmen. Das Bekenntnis zu „westlichen Werten“, die wie ehemals am Hindukusch nun auch in der Ukraine verteidigt werden sollen, während zeitgleich Tausende im Mittelmeer vor der Festung Europa ertrinken, halten wir für menschenverachtend und zynisch. Wir fordern daher den sofortigen Stopp von Waffenlieferungen aus der EU an die Ukraine, den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine, den Abzug der NATO-Truppen von der russischen Grenze und eine diplomatische Initiative der EU für einen Verhandlungsfrieden, der die bisherigen Initiativen aus China, Brasilien, Indien und Südafrika (BRICS-Staaten) einbindet. Wir fordern, dass sich Deutschland und die Europäische Union für die Durchsetzung des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen und die Förderung einer Politik gemeinsamer Sicherheit einsetzen. Wir fordern, dass die europäische Militarisierung zu Gunsten einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit aufgegeben wird und unterstützen alle Bemühungen um Abrüstung, Konfliktvorbeugung und Kooperation. Wir weisen alle Bestrebungen, einen neuen Kalten Krieg auszulösen und auf ideologischen Konfrontationskurs zu gehen, entschieden zurück. Nicht zuletzt fordern wir Asyl für ukrainische und russische Kriegsdienstverweigerer*innen in Deutschland und allen Ländern der EU. Dem Faschismus – egal ob in Italien, Frankreich, Schweden, Polen oder Deutschland – sagen wir den Kampf an. Wir kritisieren das rassistische Grenzregime, den Abbau sozialer Rechte, die Kriegstreiberei und die fehlende Demokratie der Europäischen Union.

Aktuell sehen wir, wie die Demokratie durch die Ampel auf Bundesebene und durch Schwarz-Rot in Berlin ausgehöhlt wird – zugunsten von Steuersenkungen für das Kapital und dem Festhalten an der Schuldenbremse. Die Kindergrundsicherung, das versprochene „Klimageld“ als Ausgleich für die steigenden Energiekosten und Investitionen in die Zukunft und den Lebensstandard der Menschen bleiben aus. Geld für Waffen und Aufrüstung gibt es dagegen weiterhin reichlich. Auch in Berlin setzt die

¹ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

schwarz-rote Koalition den Rotstift an. Dies trifft vor allem auch die Bezirke, also die konkreten Dienstleistungen für die Bürger*innen vor Ort. Die Zählgemeinschaft aus Grünen und SPD in Berlin Mitte spart bei Sozialem, bei Jugend und Familie, bei dringend benötigten Wohnungsloseneinrichtungen. Das kritisieren wir aufs Schärfste! Für uns ist der Kampf gegen den Faschismus nicht nur der, den wir auf der Straße gegen Naziaufmärsche führen, sondern auch das Eintreten für ein soziales Fundament, das Sicherheit schafft und die Menschenwürde für alle sichert.

Bei der letzten Europawahl gingen im Bezirk Mitte 60,8 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl. Insbesondere in armen Kiezen im Wedding und Gesundbrunnen lag die Wahlbeteiligung bei weniger als 50 Prozent – in einzelnen Wahllokalen sogar unter 40 Prozent! In den reichen Teilen des Bezirks war die Wahlbeteiligung dagegen mehr als doppelt so hoch – davon profitieren vor allem die Grünen als Vertreter*innen der Fraktion der Bourgeoisie, die für einen „grünen“ Neoliberalismus und den Versuch einer Versöhnung von Kapitalismus und Klima stehen und den Umbau der Wirtschaft auf Kosten der unteren Einkommen durchdrücken wollen. Doch diese Bemühungen sind zum Scheitern verurteilt: Wahren Klimaschutz kann es erst im Sozialismus geben, wenn die Produktion nicht des Profites wegen organisiert wird, sondern sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet.

Die Menschen, die besonders unter unsozialer Politik, egal ob von europäischer, Bundes-, Landes- oder Bezirksebene leiden, gehen am seltensten zur Wahl, weil sie von den Parteien, die sie vertreten wollen, nichts mehr erwarten. Genau diese Menschen wollen wir erreichen, vertreten und aktivieren. In Berlin Mitte wollen wir unseren Beitrag für ein starkes Ergebnis für DIE LINKE leisten. Der Mythologisierung des europäischen Projektes des Kapitals als eine „Wertegemeinschaft“, wie sie von CDU, Grünen, SPD und den Liberalen vertreten werden, schließen wir uns nicht an. Im Gegensatz zur AfD kritisieren wir die EU nicht aus der Perspektive eines bornierten Nationalismus, sondern als Internationalist*innen, die für die Rechte unserer Europäischen Mitbürger*innen und der Menschen, die in Europa auf Grund von Krieg und Armut Schutz suchen, eintreten. Unser Internationalismus endet nicht an der europäischen Grenze. Ein Europa, das Länder und Menschen des Globalen Südens ausbeutet und ausgrenzt, ist nicht unseres. LINKE Europapolitik bedeutet daher vor allem Kritik an den europäischen Zuständen, an Militarismus, dem europäischen Kapitalismus, das rassistische Grenzregime und der fehlenden Demokratie. Das europäische Parlament ist dafür eine Bühne. Im Wahlkampf in Mitte wollen wir diese Kritik klar zum Ausdruck bringen und über die Realität der Politik der EU aufklären. Wir kämpfen geschlossen für ein Europa der Vielen statt der Reichen – denn eine soziale Gesellschaft erreichen wir nur gegen das Kapital und damit auch nur im Kampf gegen das Europa des Kapitals. Hoch die internationale Solidarität!

Beschluss 2: Finanzierung der Bezirke: Die LINKE muss mehr kritisieren als nur zu wenig Geld

DIE LINKE. Berlin Mitte hat eine grundsätzliche Kritik an dem Zustandekommen der Bezirkshaushalte sowie der nur über „Projekte“ erfolgenden Finanzierung von Hilfen durch die öffentlichen Haushalte über die Bezirke hinaus. Hilfe für die Menschen im Bezirk muss verlässlich und langfristig ausfinanziert sein und darf nicht alle paar Jahre wieder in Frage gestellt werden:

- DIE LINKE. Berlin Mitte setzt sich für eine landesweite Reform der Finanzierung der Bezirke sowie eine verlässlich und langfristig ausfinanzierte Bereitstellung von staatlichen Leistungen ein. Sie bringt sich daher aktiv in die Debatte um eine Verwaltungsreform inner- und außerhalb der Partei DIE LINKE. in Berlin ein.
- Die Fraktion der LINKEN Mitte in der BVV und ihre Mitglieder nutzen jede Gelegenheit das System des New Public Management in der BVV und ihren Ausschüssen sowie in ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu skandalisieren und als inadäquat für die Bedürfnisse des Bezirkes herauszustellen.
- Die in der Hochphase des Neoliberalismus erfolgten Reformen der staatlichen Verwaltung im Sinne der Ideologie des „schlanken Staates“ sind zurückzunehmen. Nicht zuletzt darf nicht auf Kosten der Ärmsten gespart werden, sondern es muss eine Umverteilung zu Gunsten der ärmsten Klassenfraktionen der Lohnarbeitenden und kleinen Selbstständigen geben.
- Die Finanzierung der Bezirke hat auf Grundlage der bezirklichen Bedarfe zu erfolgen und nicht auf Grundlage privatwirtschaftlicher Mechanismen mit dem Primärziel Kosten zu drücken.
- Für die Finanzierung staatlicher Leistungen sind die Einnahmen des Staates zu erhöhen und auf eine solide Grundlage zu stellen, beispielsweise durch erhöhte Besteuerung kapitalistischer Unternehmen, Abschöpfung von Extra-Profiten wie beispielsweise die Profite in der Phase der Preisinflation bei Energiepreisen, sowie eine deutlich höhere Erbschaftssteuer ohne Sonderregelungen für Kapitalbesitzer*innen und die Wiedererhebung von Vermögenssteuern.

Beschluss 3: Elend auf dem Leopoldplatz bekämpfen: DIE LINKE. Berlin Mitte kämpft für eine Umsetzung bedarfsgerechter sozial- und gesundheitspolitischer Maßnahmen und gegen polizeiliche Repression – für einen Leopoldplatz für Alle!

DIE LINKE. Berlin Mitte setzt sich in all ihren bezirklichen Strukturen dafür ein, dass der Situation des immer weiter zunehmenden offenen Drogenkonsums auf dem Leopoldplatz mit einem Maßnahmenpaket von sozialen und medizinischen Angeboten begegnet wird. Vorrangig zählen dazu mehrsprachige Sucht- und Obdachlosenhilfe, Gewalt- und Kriminalitätsprävention, sowie konkrete Hilfen für die Nachbarschaft. Als sozialistische Partei kämpfen wir gegen repressive Maßnahmen der Polizei, die der Verdrängung von Menschen vom Platz und der Symptombekämpfung dienen. Stattdessen fordern wir einen deeskalativen und würdevollen Umgang mit allen am Platz beteiligten Parteien und Maßnahmen, die sich gegen die Ursachen der zunehmenden Eskalation der Situation am Leopoldplatz richten: gegen Obdachlosigkeit und die brutale Armut.

Wir streiten für die Stadt für Alle und wollen deswegen den, für den Leopoldplatz geplanten, sicherheitspolitischen Maßnahmen nach dem sogenannten „Sicherheitsgipfel“ eine Alternative entgegensetzen: Wir treten dafür ein, dass alle Menschen auch weiterhin den Leopoldplatz nutzen dürfen! Dafür unterstützt der Bezirksverband Mitte in all seinen Strukturen die Forderung nach einem großen sozial- und gesundheitspolitischen Maßnahmenpaket und der Bereitstellung der entsprechenden finanziellen Mittel.

Als DIE LINKE. Berlin Mitte sind wir davon überzeugt, dass alle Menschen gleichermaßen Recht auf den öffentlichen Raum und ein „Recht auf Stadt“ haben. Deswegen tragen wir als Bezirksverband die Forderung nach „mehr Raum“ für die Drogenkonsumierenden mit, die auch Expert*innen aus der Sozialen Arbeit immer wieder betonen. Deswegen unterstützen wir die schnelle und intensive Suche nach Räumlichkeiten im Umkreis des Leopoldplatzes für ein „Haus der Hilfe“ mit integriertem Drogenkonsumraum, Aufenthaltsraum, Beratungsstelle, sanitären Anlagen, sowie mehrsprachigen gesundheitsbezogenen und psychosozialen Angeboten sowie von Housing First-Möglichkeiten für obdachlose Menschen. Zu diesem Zweck ziehen wir auch Konzerne wie Signa (Karstadt-Gebäude) zur Verantwortung!

Als LINKE. Berlin Mitte fordern wir des Weiteren die Schaffung einer Übergangslösung wie beispielsweise durch Container, bis eine nachhaltige Lösung gefunden werden kann.

Als LINKE. Berlin Mitte unterstützen wir damit Forderungen von engagierten Akteuren und Multiplikatoren im Kiez wie der Stadtteilvertretung Mensch Müller, dem Berliner Obdachlosenhilfe e.V. oder von Fixpunkt e.V.

Beschluss 4: Ortsverbände für DIE LINKE. Berlin-Mitte – Beschluss der 8. Hauptversammlung umsetzen!

Der in der 3. Tagung der 8. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Mitte getroffene Beschluss „Ortsverbände für die LINKE.Berlin-Mitte“ ist durch den Bezirksvorstand umzusetzen (fälschlicherweise trägt der Beschluss den Zusatz „2. Tagung der 8. Hauptversammlung“).

Der Bezirksvorstand beruft bis Ende November des Jahres 2023 die im Beschluss benannte Kommission. Ein erstes Treffen der Kommission findet noch im Jahr 2023 statt – und somit spätestens am 31.12.2023.

Die Kommission erarbeitet gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 14.05.2022 einen Vorschlag zur Gründung von Ortsverbänden, über den in der ersten Hauptversammlung des Jahres 2024 abgestimmt wird. Für die Arbeit der Kommission gelten dabei weiterhin die mit Beschluss vom 14.05.2022 festgelegten Grundsätze.

Die Hauptversammlung erkennt ferner an, dass dem im Beschluss vom 14.05.2022 angestrebten Zeitrahmen zur Umsetzung aus mannigfaltigen Gründen (Corona-Pandemie, Wiederholung der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin, Krieg in der Ukraine sowie einem daraus resultierenden Nichtstattfinden einer Tagung der Hauptversammlung im Herbst 2022) durch den Bezirksvorstand nicht entsprochen werden konnte.

Antrag 5: Diskussion „Überlegungen zur friedenspolitischen Bündnisarbeit“ für den LPT

Dem Berliner Landesparteitag der LINKEN am 24. November 2023 wird nachfolgender Beschlussentwurf vorgelegt.

Das Diskussionspapier „Überlegungen zur friedenspolitischen Bündnisarbeit“ wird den Bezirks- und Ortsverbänden sowie den Basisorganisationen übermittelt, mit der Bitte, sich zu dem Papier zu verständigen und damit die Meinungsbildung zu dieser Thematik im Landesverband zu befördern.

Überlegungen zur friedenspolitischen Bündnisarbeit

1. In der LINKEN und unter Linken ist eine schon seit längerem schwelende Debatte entbrannt. Wenn es um derartig Existenzielles wie den Frieden ginge, seien alle willkommen, die diesen reinen Herzenswünschten, sagen die einen. Nazis seien nie willkommen, sagen die anderen.
2. So weit, so gut. Nazis sollten wirklich nirgendwo willkommen sein, wo Humanisten ein Anliegen vertreten. Aber heißt das, dass humanistische Anliegen irreversibel beschädigt würden, nähmen auch nur einige Nazis an einer Demonstration oder Kundgebung teil? Ja, sagen die einen; nein die anderen. Wo sich diese – im Übrigen bei den einen wie den anderen vorhandene – antidialektische Sichtweise durchsetzt, ist eines gewiss: Nazis bestimmen, ob man als Antifaschistin oder Antifaschist an einer Demonstration teilnehmen darf oder nicht. Sie – die Nazis – müssen einfach nur da sein und einige Linke müssen nur »Achtung, Querfront!« rufen und jedes fortschrittliche Anliegen hat sich erledigt. Aus nicht durchdachtem Antifaschismus wird wohlkalkulierte Nazidominanz.
3. Anscheinend ein Dilemma. Aber nur deshalb, weil die einen denunzierend aus der Teilnahme von ein paar Nazis machen, die Demonstration sei rechtsoffen, und die anderen so tun, als existierten Querfrontbestrebungen der Nazis gar nicht. Das ganze Gerede über letzteres sei nur Denunziation. Die gibt es zweifellos, und nicht zu knapp; bar jeglicher Redlichkeit. Allerdings: Dass es Denunziation gibt, bedeutet nicht, dass gar nicht existiert, was in zweifelsfrei denunziatorischer Absicht unterstellt wird.
4. Weder machen einige anwesende Nazis eine Demonstration zu einer rechtsoffenen, noch lässt sich leugnen, dass an Querfrontbestrebungen gearbeitet wird. Absolute Urteile helfen auch hier ebenso wenig weiter, wie Absolutheitsansprüche zumeist nicht zu Erkenntnisgewinnen beitragen.
5. Die Teilnahme von einer Handvoll Nazis macht eine Demonstration nicht zu einer rechtsoffenen, wenn der Demo-Aufruf – z.B. im Falle einer Friedensdemonstration – klare antikapitalistische, antiimperialistische, internationalistische und antifaschistische Aussagen enthält. Und zum Antifaschismus gehören immer die internationale Solidarität und die uneingeschränkte Ablehnung jeglicher Form von Rassismus. Lässt die Bündnisbreite so deutliche inhaltliche Konturen nicht zu, so müssen zumindest entscheidende Protagonisten einer solchen Demonstration öffentlich entsprechende klare Worte finden. Wird auf diese konzeptionelle Klarheit verzichtet, können sich Rechte zur Teilnahme ermuntert fühlen und dann wird eine Demo rechtsoffen; nicht durch eine Handvoll Nazis, sondern durch mangelndes antifaschistisches Gespür der Organisatoren.
6. Von diesem Mangel an Gespür ist es nur ein kleiner Schritt, ziellichtige Figuren mit in Organisationsstrukturen zur Vorbereitung und Durchführung von Demonstrationen aufzunehmen. In dem Moment wird die inhaltliche Hoheit in einem in der Sache fortschrittlichen Bündnis mit Figuren geteilt, die zwar selbst nicht unbedingt Nazis sind oder werden, die aber keine Probleme haben, gemeinsam mit

Nazis zu agieren. Sie sind eine Art Querfront-Brückenbauer. Solcherart Konstellationen niemals zuzulassen, ist keine taktische Frage. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die für Nazis strategische Frage – sie wissen um das Maß an Geschichtsvergessenheit – dass in Deutschland der Faschismus unter »Linken« rehabilitiert werden soll.

7. Für links-humanistische Bündnisse muss gelten:

- Rechtsoffene Strukturen dürfen nicht Teil des Bündnisses sein
- Rechte Symbole dürfen auf den Demos nicht geduldet werden
- Bündnisaufrufe müssen erkennbar antifaschistischen Charakter haben.

Darauf zu verzichten, um eine mehr als fragwürdige Breite zu gewährleisten, bedeutet, einer tödlichen Prinzipienlosigkeit Raum zu geben.

8. Zugleich darf nicht zugelassen werden, auf richtige Forderungen zu verzichten, – z.B. die Verurteilung der Embargopolitik gegen Russland oder die Forderung nach Friedensverhandlungen im Ukraine-krieg –, nur weil Rechte solche Forderungen aus taktischen Gründen auch gerade stellen.

9. Wenn diese Grundsätze Maxime der Bündnisarbeit sind, muss man sich um die paar Nazis, die trotzdem kommen, nicht unbedingt scheren, denn dann kann man mit handfesten Argumenten die allgegenwärtigen Denunziationen zurückweisen.